

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1983 – Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Frühjahr 1983 haben sich in der kapitalistischen Weltwirtschaft konjunkturelle Stabilisierungstendenzen bemerkbar gemacht. Die 1980 ausgebrochene zyklische Krise ist nach fast dreijähriger Dauer zu Ende gegangen.

Einen gewissen Vorsprung haben zur Zeit die USA, dort nimmt die Produktion seit dem Jahreswechsel deutlich zu. Antriebskräfte sind vor allem der Lagerzyklus und in gewissem Umfang der private Verbrauch, darunter Pkw und Wohnungen. Ein gewisser aufgestauter Nachholbedarf belebt die Nachfrage, gesunkene Zinssätze erleichtern die Konsumentenverschuldung. Allerdings stellt die Investitionstätigkeit immer noch einen Schwachpunkt der konjunkturellen Belebung dar.

Nur schwach ausgeprägt sind die Erholungstendenzen in Japan, hier wirken die Verlangsamung der Exportentwicklung und die schwache Investitionstätigkeit depressiv.

Ebenfalls ohne Dynamik ist die Konjunktur-
stabilisierung in Westeuropa. Sie basiert auf dem Lagerzyklus, den gesunkenen Zinsen und Nachholeffekten bei Konsumgütern, wobei der Rückgang der Inflationsraten den privaten Verbrauch stützt.

Die erwähnte Verlangsamung des Preisauftriebs ist auf die niedrigen und bis zum Jahreswechsel gesunkenen Rohstoffpreise zurückzuführen. Diese steigen allerdings wieder an, lediglich die Rohölpreise – die allerdings ein großes Gewicht haben – sind im März nochmals deutlich zurückgegangen.

Die Basis der konjunkturellen Stabilisierung ist noch immer sehr labil. Es fehlt eine Belebung der Investitionstätigkeit, die nur mit einem deutlichen Anstieg der Erweiterungsinvestitionen erfolgen kann. Auch die private Nachfrage hat sich keineswegs dauerhaft erholt. Denn die Lohnerhöhungen bleiben meist hinter der Inflationsrate zurück, die Kürzungen der Sozialleistungen untergraben ebenfalls die Kaufkraft. Da die Beschäftigung weiter rückläufig ist bzw. im besten Fall stagniert, entbehrt die erhoffte

Steigerung der Konsumnachfrage einer soliden Grundlage.

Schließlich ist die Situation im Welthandel und damit beim Export keineswegs vielversprechend. Der Welthandel, der 1982 real um etwa zwei Prozent zurückgegangen war, soll sich im Jahresverlauf von 1983 stabilisieren. Anregende Wirkungen sind aber bestenfalls aus einigen kapitalistischen Industrieländern zu erwarten. Dagegen dürfen die Importe der Entwicklungsländer unter dem Druck rückläufiger Öleinnahmen und hoher internationaler Verschuldung weiter sinken. Die Konkurrenz der Industrieländer um Marktanteile wächst, angesichts der sehr ungünstigen Außenwirtschaftsbilanz der USA ist von dort ein verstärkter Exportdruck zu erwarten.

Die erwähnten konjunkturellen Stabilisierungstendenzen haben sich auch in der Bundesrepublik bemerkbar gemacht, allerdings in besonders schwacher Form. Die Produktion ist bislang kaum angestiegen. Auch hier fehlen die entscheidenden Auftriebsfaktoren aus der Zunahme der Investitionen, der Ausdehnung des privaten Verbrauchs und aus dem Export.

Auffallend ist die Tatsache, daß die Konjunktur-
stabilisierung bislang völlig ohne positive Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Beschäftigung geblieben ist. Die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen sind in den ersten vier Monaten von 1983 rascher angestiegen als in der gleichen Vorjahreszeit, die Beschäftigung ist im ersten Vierteljahr stärker zurückgegangen als in den Vorperioden.

Während die Wirtschaftspolitik auf dem Geld- und Kreditsektor unter dem Druck des drohenden Finanzkrachs ihre restriktive Grundtendenz zunächst aufgeben mußte, wurden die Akzente auf der „angebotsorientierten“ Haushaltspolitik gegenüber den sozialliberalen Bundesregierungen verstärkt. Die Ausgaben des Bundeshaushalts sollen – trotz Kraftwerks- und Verkabelungsprojekten – real auch 1984 zurückgehen. Gleichzeitig wird über die Steuerpolitik massiv und offen umverteilt. Zusätzliche

Einnahmen aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Jahresmitte in Höhe von vier Milliarden DM sollen umgehend für eine Senkung der Gewinnsteuern (Vermögenssteuer, Abschreibungserleichterungen usw.) verwendet werden. Zudem sollen umfangreiche Kürzungsmaßnahmen bei den Sozialleistungen und im öffentlichen Dienst 1984 zusätzliche Einsparungen von 11,5 Milliarden DM beinhalten.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dem Ende der zyklischen Krise kein durchschlagender Konjunkturaufschwung folgen wird. Bestimmend für die wirtschaftliche Lage und die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus bleiben die seit Mitte der siebziger Jahre anhaltenden, überzyklischen Krisenerscheinungen. Die sichtbare konjunkturelle Stabilisierung wird keines der angestauten sozialen Probleme einer Lösung näher führen.

Inhalt

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Werttenkrise
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Subventionen
- 1.7 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Sozialabbau
- 3.5 Tariffbewegung 1983
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt ist – wie schon in Nr. 1/83 der „INFORMATIONEN ...“ berichtet – im Jahre 1982 kräftig zurückgegangen. Wegen der Neuberechnungen durch das Statistische Bundesamt wird die Entwicklung hier nochmals dargestellt.

Bruttosozialprodukt¹

	Nominal	% ²	Real ³	% ²
1979	1395	+8,2	1242	+4,0
1980	1484	+6,4	1264	+1,8
1981	1543	+4,0	1262	-0,2
1982	1600	+3,7	1249	-1,1
1983 ⁴	1662	+4,0	1255	+0,5

1 Mrd. DM 2 In % gegenüber dem Vorjahr
3 In Preisen von 1976
4 Prognose des „Frühjahrgutachtens“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/83; DIW-Wochenbericht 18-19/83)

Bei der Betrachtung der „Verwendung“ des BSP, d. h. der einzelnen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate – dies ist für Zwecke der Konjunkturbeurteilung der richtige Ausgangspunkt – fällt der rückläufige Anteil des privaten Verbrauchs auf.

Verwendung des Bruttosozialprodukts¹

	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen	Außenbeitrag ²
1979	56,6	19,4	21,3	0,9
1980	56,4	19,6	21,5	1,3
1981	55,8	20,0	20,8	3,5
1982	55,2	20,2	19,8	4,5
1983 ³	54,9	20,1	20,1	4,4

1 Reales BSP, Preise von 1976, Anteile in Prozent
2 Export minus Import
3 Prognose des „Frühjahrgutachtens“
(Quelle: ebd.)

Die moderaten Aufschwungserwartungen für 1983 basieren vor allem auf der Hoffnung, daß sich die private Investitionstätigkeit im Laufe des zweiten Halbjahres 1983 deutlich beleben wird. Gleichzeitig soll der private Verbrauch im Jahresverlauf nicht weiter zurückgehen, wobei erwartet wird, daß die Verbraucher Ersparnisse auflösen.

Bisher zeigt sich jedoch noch keine generelle Veränderung des gedämpften „Investitionsklimas“: Nach wie vor existieren hohe Überkapazitäten.

So kann insgesamt nicht übersehen werden, daß die Konjunktur sich zum Jahresbeginn 1983 stabilisiert hat. Ein deutlicher konjunktureller Aufschwung hat sich bis jetzt jedoch nicht durchgesetzt.

1.2 Produktion

Der Rückgang der Produktion im produzierenden Gewerbe hat sich in den letzten Monaten nicht weiter fortgesetzt. Eine leichte Erweiterung der Produktionstätigkeit zeichnet sich ab, jedoch keine stabile Expansionstendenz.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1983 1. Vj.
	106	106	102	101	101

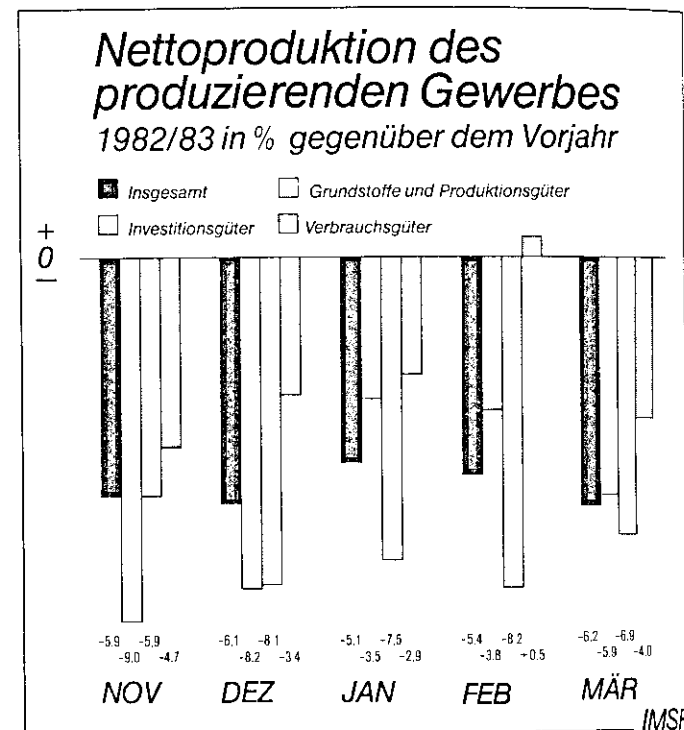
1 Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Die Produktion stieg – saisonbereinigt – nur im Januar '83 gegenüber dem Dezember '82, im Februar und März '83 fiel sie wieder zurück. Das Vorjahresniveau wird im ersten Vierteljahr noch um etwa fünfzehn Prozent verfehlt. Von einem – wenn auch nur konjunkturellen – „Aufschwung“ kann bei der Produktion bislang noch keine Rede sein.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Insgesamt	-5,9	-6,1	-5,1	-5,4	-6,2
Grundstoffe und Produktionsgüter	-9,0	-8,2	-3,5	-3,8	-5,9
Investitionsgüter	-5,9	-8,1	-7,5	-8,2	-6,9
Verbrauchsgüter	-4,7	-3,4	-2,9	+0,5	-4,0

1 1982/83 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Etwas deutlicher zeichnet sich eine Belebungstendenz bei den industriellen Auftragseingängen ab. Allerdings sind hier die Verzerrungen durch den Fristablauf der Investitionszulage am Jahresende zu beobachten: Die Ergebnisse der Monate November, Dezember und Januar sind dadurch künstlich erhöht.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1983 1. Vj.
	104	99	97	99	102

1 Volumen, Index 1976 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Vor allem die hohen Werte von Dezember/Januar (104 und 109) treiben die beiden letzten Quartalswerte hoch. Dagegen fiel der Index im Februar/März wieder auf 99 Punkte zurück, lag damit allerdings etwas höher als im September/Oktober letzten Jahres. Das Vorjahresniveau aber bleibt deutlich unterschritten.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktions- güter (2)	Investitions- güter (1)	Verbrauchs- güter (2)
Nov.	-1,1	-5,0	-1,5	-4,3
Dez.	+4,5	+0,8	-0,8	-2,3
Jan.	+9,7	+8,0	+0,8	+0,6
Febr.	-2,7	-5,0	-7,2	-7,2
März	-2,3	-3,8	-4,2	-3,5

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt
1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

In den letzten Monaten dürften sich die Inlandsbestellungen etwas günstiger entwickelt haben als die Auslandsaufträge. Allerdings ist das

wegen der erwähnten Verzerrungen durch die Investitionszulage nur schwierig zu beurteilen.

Die konjunkturellen Aufschwungshoffnungen stützten sich jedenfalls nicht auf die Exporte: Zunächst wird wegen der Situation der Weltwirtschaft und des Welthandels nur eine verhaltene Exportentwicklung erwartet.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produk- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
Inland				
Nov.	+ 3,3	-3,3	+ 9,6	+0,9
Dez.	+14,3	+0,8	+24,7	+5,0
Jan.	+17,5	+3,5	+31,4	+4,3
Febr.	+ 1,5	-2,3	+ 4,7	+0,1
März	+ 0,6	-2,9	+ 3,9	-1,4
Ausland				
Nov.	- 8,7	+ 1,8	-14,4	+4,5
Dez.	-11,2	- 3,3	-16,2	+8,7
Jan.	- 3,7	- 3,8	- 4,5	+1,8
Febr.	- 9,6	-14,6	- 8,8	+2,5
März	- 7,2	- 6,6	- 8,0	-5,2

1 Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Die Produktionsentwicklung der wichtigsten Branchen und deren Perspektiven sind unterschiedlich, wobei es allerdings noch in keinem der großen Industriebereiche zu einer durchschlagenden Belebung gekommen ist.

Die **eisenschaffende Industrie** hatte 1982 den tiefsten Produktionseinbruch erlebt: die Eisen- und Stahlerzeugung sank um 12,6 Prozent. Zum Jahreswechsel ist es zu einer Stabilisierung gekommen, ohne daß aber mit einem Produktionsanstieg zu rechnen ist. Dem weiter leicht rückläufigen Stahlverbrauch stehen positive Impulse von Seiten der Lagerbewegung gegenüber: Die Stahlverkäufer dürften im Jahresverlauf ihre geschrumpften Lager wieder auffüllen. Die sich verflechtenden strukturellen und konjunkturellen Ursachen der Stahlkrise werden auch von der konjunkturellen Seite keine größere Entlastung erfahren.

In der **chemischen Industrie**, deren Erzeugung 1982 um 6 Prozent gesunken war, nimmt die Produktion seit einigen Monaten wieder zu. Die Produktionszunahme ist allerdings verhalten, sie stützt sich zu einem erheblichen Teil auf die erwähnte Lagerbewegung: bei wiederanziehenden Grundstoffpreisen und gesunkenen Zinsen dürfte die Neigung zur Erweiterung der Lager zunehmen. Die Krisenerscheinungen im Kunststoffbereich und im mit der Chemieindustrie eng verbundenen Mineralölbereich halten allerdings an.

Der **Maschinenbau**, der seine Produktion 1982 um 4,5 Prozent zurückgeschraubt hatte, hat in den letzten Monaten von dem durch die Investitionszulage initiierten Auftragsstoß profitiert. Dieser Effekt ist nicht von Dauer gewesen, allerdings rechnet der Maschinenbau doch mit einer gewissen Belebung der Inlandsaufträge im Jahresverlauf. Sorge bereitet der Branche das Auslandsgeschäft: Hier ist es vor allem der Ausfall von Aufträgen für Großanlagen aus den Entwicklungsländern, der das Niveau drückt. Im Jahresdurchschnitt wird daher ein weiterer Produktionsrückgang um zwei bis vier Prozent befürchtet, obwohl eine Nachfrage- und Produktionsbelebung im zweiten Halbjahr erwartet wird.

Die **Elektroindustrie** konnte 1982 ihr Produktionsniveau halten, wobei der Investitionsgüterbereich dieses Mal sogar etwas ungünstiger abschnitt als der Gebrauchsgüterbereich. Die Erwartungen für 1983 sind gedämpft, immerhin wird eine Produktionsbelebung um ein bis zwei Prozent erwartet. Impulse werden nicht vom Gebrauchsgüterabsatz erwartet, sondern vom Kraftwerksbau, der Verkabelung und von der inländischen Investitionstätigkeit. Im verbundenen Bereich der Büromaschinen und EDV-Anlagen dagegen, der auch 1982 seine Erzeugung

um fast 6 Prozent ausweiten konnte, ist eine weitere kräftige Belebung in Sicht. Hier werden für 1983 wieder „zweistellige“ Zuwachsraten geplant.

Die **Automobilindustrie** konnte 1982 noch eine leichte Zunahme der Produktion (ein Prozent) verbuchen, was aber allein dem Produktionsüberhang aus 1981 zu verdanken gewesen ist. Dieser rührt aus den außenwirtschaftlichen Erfolgen der Branche – einer starken Zunahme der Exporte in einem Rückgang der Importe. Dagegen gingen die Pkw-Zulassungen im Inland stark zurück. Diese Entwicklung hat sich in den letzten Monaten umgekehrt. Ein gewisser Nachholbedarf bei privaten Pkw belebt die Nachfrage, während der gewerbliche Auftrags-eingang nach dem Ablauf der Investitionszulage gesunken ist. Bei Nutzfahrzeugen fällt die Schwäche der Exporte ins Gewicht – die „Schwellenländer“ und OPEC-Staaten gehörten früher zu den wichtigsten Abnehmern für Lkw. Auffallend im privaten Bereich ist die Tendenz zum Gebrauchtwagen. Während z.B. im März 1983 317 000 PKW neu gemeldet wurden, erfolgten 598 000 Besitzumschreibungen. Insgesamt erwarten die Automobilkonzerne im Jahresverlauf eine deutliche Produktionszunahme, die vor allem von der Inlandsnachfrage getragen wird. Das Produktionsniveau des Vorjahres dürfte aber bestenfalls geringfügig überschritten werden.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** litten stark unter dem Kaufkraftrückgang der privaten Haushalte, die Einzelhandelsumsätze sanken in dieser Gütergruppe real um 6,5 Prozent. Die Produktion ging um 1,6 Prozent (Textil) und 8,4 Prozent (Bekleidung) zurück, wobei das deutlich bessere Abschneiden der Textilindustrie auf die starke Außenhandelsposition zurückzuführen ist. Während die Exporterfolge 1983 nicht wiederholbar sind, ergibt sich aus dem Ende des Lagerabbaus bei den Verbrauchern eine Nachfragestabilisierung. Für die Textilindustrie wird eine Produktionsabnahme um zwei, für die Bekleidungsindustrie um drei Prozent erwartet. Im Jahresverlauf soll es zu einer Stabilisierung der Produktion, im Textilbereich zu einer leichten Anhebung kommen.

Relativ optimistisch sind die Prognosen für die **Bauwirtschaft**. Die seit dem Frühjahr 1982 zunehmenden Bauaufträge vor allem im Wohnungsbau wirken sich nun auch auf die Bauproduktion aus. Nach einem Rückgang des Bauvolumens im Jahre 1982 um fünf Prozent wird jetzt ein Anstieg um 3,5 Prozent für möglich gehalten. Er basiert vorwiegend auf der Expansion des Wohnungsbaus um 7,5 Prozent, wobei auf diese Sparte etwa die Hälfte des Bauvolumens entfällt. Im Wirtschaftsbau wird als Folge der staatlichen Maßnahmen (Investitionszulage, Verbesserung der Abschreibungsätze usw.) ebenfalls eine Expansion um etwa zwei Prozent erwartet. Dagegen dürfte sich der Rückgang der Produktion im öffentlichen Bau wegen der Finanzprobleme der Gemeinden fortsetzen, nach einer Abschwächung um sieben Prozent 1982 wird für 1983 ein weiterer Rückgang um vier Prozent erwartet.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produzierendes Gewerbe insges.	- 5,9	- 6,1	- 5,1	- 5,4
Eisenschaffende Industrie	-29,8	-29,4	-19,7	-13,4
Chemische Industrie	- 4,2	- 4,7	+ 0,2	- 1,4
Maschinenbau	- 5,3	-11,3	- 1,0	-13,7
Straßenfahrzeugbau	-12,7	-11,6	-14,8	-10,2
Elektrotechnik	- 5,6	- 8,6	- 8,8	- 9,5
EDV-Geräte	+12,7	+16,6	+13,7	+20,2
Textilgewerbe	- 4,7	- 3,5	- 3,3	+ 0,4
Bekleidungsgewerbe	- 9,7	- 9,2	- 4,8	- 6,1
Bauhauptgewerbe	- 6,0	+ 5,7	+ 7,7	- 9,6

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Der **Einzelhandel** hofft für 1983 auf eine Stabilisierung der Umsatzentwicklung im Jahresverlauf. 1982 war der Einbruch mit real minus 4,5 Prozent der größte in der Geschichte der Bundesrepublik. In den ersten drei Monaten von 1983 lagen die Umsätze real immer noch um etwa ein Prozent unter dem Vorjahresstand, in saisonbereinigter Betrachtung sind sie jedoch noch weiter gesunken. Für das Jahr 1983 wird mit einem erneuten Rückgang um real etwa 2,5 Prozent gerechnet.

Bei der Beurteilung der Zukunftsaussichten durch die Industrieverbände der Branchen und durch wirtschaftswissenschaftliche Institute fällt auf, daß die Belegungshoffnungen sich vorwiegend auf Faktoren wie den Zinsrückgang, Nachholeffekte bei Konsumgütern und den Lagerzyklus stützen. Dies sind dem Zyklus immanente Auftriebsfaktoren, die ihre Wirkung als Aufschwungsmoment aber nur dann voll entfalten können, wenn sie durch eine Belebung des privaten Verbrauchs, der Investitionstätigkeit und des Exports gestützt werden. Hier sind jedoch Auftriebskräfte zur Zeit nicht sichtbar bzw. sehr schwach. Vor allem fällt in konjunktureller Hinsicht das Ausbleiben von Erweiterungsinvestitionen ins Gewicht. Daher ist zur Zeit ein Übergang von der Stabilisierung der Konjunktur auf gedrücktem Niveau in einen „selbsttragenden“ Aufschwung nicht absehbar. Die überzyklischen, depressiv wirkenden Krisenfaktoren in der kapitalistischen Weltwirtschaft kennzeichnen die Situation auch in der gegenwärtigen Belegungsphase.

1.3 Die Werftenkrise

Die angekündigten Massenentlassungen von 3545 Arbeitskräften der Howaldtswerke – Deutsche Werft AG (HDW) haben die Krise der Schiffbauindustrie offenbar werden lassen. Gegen das Unternehmenskonzept der HDW hat es einen Streik, Demonstrationen und vielfältige Proteste gegeben. Die im April durchgeführte Werftenkonferenz von Bundesländern und Schiffbauindustrie hat jedoch die Arbeitsplatzvernichtung verallgemeinert: 9000 Arbeitskräfte sollen gehen. Massenentlassungen, Subventionen und Rüstungsaufträge sollen den Ausweg bieten. In den Chefetagen erwartet man indes, „daß einer der Mitbewerber möglichst bald vor die Wand fährt“ (Wirtschaftswoche 16/83). Welche Hintergründe gibt es für dieses Gerangel der Großwerften HDW, AG Weser, Vulkan, Blohm + Voss und Nordseewerke? Seit 1979/80 zieht sich die bislang heftigste kapitalistische Weltwirtschaftskrise hin, die die industrielle Produktion hat abnehmen, den Welthandel schrumpfen und die Massenarbeitslosigkeit nebst Staatsverschuldung zunehmen lassen. Diese Krise vollzieht sich in einer Periode der Überakkumulation. Seit Anfang der siebziger Jahre sind die Wachstumsraten zurückgegangen, bleiben die Produktions- und Transportkapazitäten unausgelastet und setzt jede Neuanlage von Kapital die Vernichtung vorhandenen Kapitals voraus. Der Handel wuchs lange schneller als die Flotte, was zu Beginn der siebziger Jahre zu einem Schiffbauboom insbesondere beim Tankerbau geführt hatte. Die Erweiterung der Produktionskapazitäten erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Krise sich schon abzeichnete. Als die Werften 1975 einen Stapellaufrekord erzielten, waren die Weichen gestellt, blieb der erwartete Handelszuwachs aus, schwoh die Aufliegertonnage (stille liegende Schiffe) an und nahm der Auftragsbestand der Werften rapide ab. Für neue Schwimmdocks, Kräne und Fertigungshallen begann eine Rationalisierungswütige Arbeitsplatzvernichtung, eine abenteuerliche Rüstungsproduktion (Fregattenprogramm) und der verlustreiche Konkurrenzkampf um Aufträge. 1977/78 wurde der Schiffbau von einer Branchenkrisen erfaßt, die zu Massenentlassungen, Vernichtung von Produktionskapazitäten und erneuten staatlichen Werfthilfsprogrammen führte. Bis 1979 sank die Schiffbauproduktion.

Weltseehandel, Welthandelsflotte, Weltstapelläufe, Aufliegertonnage

Jahr	Weltseehandel ¹	Welthandelsflotte ²	Weltstapelläufe ²	Aufliegertonnage ²
1971	2637	243,9	24,9	2,7
1972	2845	265,1	26,7	3,1
1973	3214	286,7	31,5	0,7
1974	3251	308,1	34,6	0,9
1975	3025	338,9	35,9	19,9
1976	3300	368,8	31,0	20,5
1977	3417	390,4	24,1	24,6
1978	3490	402,4	15,2	25,5
1979	3728	409,3	11,8	7,5
1980	3605	416,2	13,9	6,2
1981	3463	420,8	17,1	4,3
1982 ³	3200	423,0	16,0	16,3

1 in Mio Metric Tonnen
2 in Mio Bruttoregistertonnen (BRT)
3 jeweils geschätzte Größen
(Quellen: Geschäftsberichte VDR und VDS, Shipping Statistics, Bremen)

Eine vorübergehende Erholung schien sich 1979/80 einzustellen, weil Massengutfahrten zunahmen, die Aufliegertonnage zurückging, der Überschuß an Tankertonnage durch Verschrottung von Großtankern abgebaut wurde und eine durch die Ölteuerung bedingte vermehrte Nachfrage nach Kohletransportern entstand.

Nachdem in der Handelsschifffahrt der BRD zu Beginn der siebziger Jahre eine umfassende Erneuerung der Flotte stattgefunden hatte, die gleichzeitig mit einer Tonnageerweiterung und enormen Steigerung der Transportkapazität einherging, brach diese Entwicklung Ende der siebziger Jahre ab. Während einerseits die Zahl der Seeleute auf weniger als die Hälfte gedrückt wurde, nahm die von Reedereien unter fremder Flagge betriebene Tonnage von 1972 1,4 Mio. BRT auf 3,9 Mio. BRT zu.

Alein die Entwicklung der aufgelegten Tonnage macht deutlich, daß eine wirtschaftliche Wende noch in weiter Ferne liegt: Nachdem bis 1981 die Aufliegertonnage (weltweit) auf knapp 5 Mio. BRT zusammengeschmolzen war, nimmt sie seit April 1981 beständig zu. Während die Aufliegertonnage 1982 von 14 auf 39 Mio. BRT angestiegen ist, hat sie im März dieses Jahres 43 Mio. BRT erreicht, womit 10 Prozent der gesamten Tonnage beschäftigungslos vor Anker liegen, abgesehen von Langsamfahrten, Wartezeiten, Leerfahrten etc.

Handelsschifffahrt der BRD

Jahr	Flotte ¹	Flaggenwechsel ²	Altersanteil unter 5 ³	Seeleute ⁴
1971	8,7	0,3	47,1	55 806
1972	8,5	0,5	52,7	47 949
1973	7,9	0,1	51,0	40 900
1974	8,0	0,1	50,0	34 969
1975	8,5	0,1	—	33 264
1976	9,3	0,1	49,9	31 558
1977	9,6	0,2	47,7	32 989
1978	9,7	0,2	45,3	32 619
1979	8,6	0,3	45,2	29 400
1980	8,3	0,2	—	27 495
1981	7,4	0,3	—	26 823
1982	6,7	0,2	23,3	25 768

1 Handelsflotte der BRD in Mio BRT
2 Ausgeflaggte Schiffe in Mio BRT
3 Tonnagenanteil unter 5 Jahren in v.H.
4 Auf der Handelsflotte der BRD beschäftigtes Bordpersonal
(Quelle: Zusammenge stellt nach Angaben des VDR)

Die Schiffbauproduktion der BRD erfolgt wesentlich durch die 5 Großwerften HDW, AG Weser, Bremer Vulkan, Blohm + Voss und Nordseewerke, die den Stahlkonzernen Salzgitter, Krupp und Thyssen (neben staatlichen Beteiligungen) gehören. Nach gewichteten BRT nimmt der Schiffbau der BRD nach Japan den zweiten Platz ein, was auf den Bau technisch hochwertiger Schiffe verweist. Während Japan, Südkorea, Brasilien usw. früher ihre Ausweitung über den Bau von Großschiffen realisierten, erfolgt gegenwärtig die Konzentrierung auf mittlere Schiffgrößen mit entwickelterer Technik, weshalb dieser ohnehin schrumpfende Markt hart umkämpft ist. Produktionsdiversifizierungen erfolgten bisher ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Spezialisierung im Schiffbau, weshalb Elektrotechnik, Maschinenbau und Rüstung hinzugenommen worden sind.

Anhand der Geschäftsentwicklung der HDW läßt sich die des Schiffbaus in den vergangenen Jahrzehnten exemplarisch demonstrieren. 1967/68 ist die HDW aus der Fusion der Howaldtswerke und Deutsche Werft hervorgegangen. Die Fusion hat nicht nur 6000 Arbeitsplätze gekostet, sondern auch die Schwerpunktverlagerung des Schiffbaus von Hamburg nach Kiel nach sich gezogen. Kaum war die Konsolidierung des Unternehmens abgeschlossen, erfolgte ein abenteuerlicher Einstieg in den Tanker- und Großschiffbau. Während einerseits das Hamburger Werk Finkenwerder 1973 stillgelegt wurde, schaffte man sich in Kiel ein Großdock für 200 Millionen DM an, das Schiffe von 650 000 t dwt (Trockentonnage) fassen sollte, die nie gebaut worden sind. Mit Fertigungshallen, Docks, Krankapazitäten usw. absolvierte man von 1973 bis 1976 ein über 350-Millionen-DM-Investitionsprogramm, das zu einer enormen Erweiterung des angelegten fixen Kapitals führte. Die kurze Teilhabe am Schiffbauboom Mitte der siebziger Jahre reichte nicht aus, um diese Aufwendungen verkraften zu können. Unter dem Druck der Überkapazitäten erfolgte 1978 die Stilllegung des Hambur-

Großwerften der BRD

Name	Produktionsstätte	Anteilseigner	Beschäftigte 1975	Beschäftigte 1982
Howaldtswerke-Deutsche Werft Hamburg/Kiel (HDW)		Salzgitter AG (Bund) (74,9%) Land Schleswig-Holstein (25,1%)	15 870	11 800
AG Weser	Bremen/Bremerhaven	Krupp, ADCA-Bank	7 900	5 100
Bremer Vulkan	Bremen	Thyssen-Bornemyza (über 50%) Land Bremen (über 25%)	5 700	4 100
Thyssen Nordseewerke	Emden	Thyssen Industrie AG (100%)	5 045	3 600
Blohm + Voss	Hamburg	August Thyssen Hütte (64,7%) Siemens AG (12,5%) Fam. Blohm (17,9%)	6 923	7 400

(Quelle: Geschäftsberichte)

ger Werkes Reiherstieg, die weitere Arbeitsplatzvernichtung, die Teilhabe am Fregattenprogramm F 122 und am U-Boot-Bau und das erfolglose Bemühen, überbrückende Aufträge hereinzuholen. Verbissen wurde Unternehmenssanierung betrieben, die auf den Aufschwung der Schifffahrt zu Beginn der achtziger Jahre setzte. Der für Mitte der achtziger Jahre erwartete Ersatzbedarf, die Planung eines 18-Mann-Schiffs der Zukunft bei automatisiertem Schiffs- und Ladebetrieb und der Zwischenboom für Kohletransporte bewirkten eine „Durchhaltepolitik“ auf dem Gebiet des Spezialschiffbaus und eine inkonsequente Produktionsdiversifizierung. Durch die anhaltende Krise, das Anschwellen der Aufliegerzahlen und die ausbleibenden Aufträge brach für HDW 1982 das Fiasko herein. Im Herbst begann man mit der Planung des künftigen Kahlschlags (Rückzug aus Hamburg, Konzentration auf wenige Produktionsstätten, Massenentlassungen), gab zu Beginn des Jahres 1983 einen verlustreichen Geschäftsabschluß bekannt, machte sich eine Woche nach der Bundestagswahl zum Vorreiter kapitalistischer Krisenlösungen und erhielt auf der „Werftenkonferenz“ seine Absegnung.

Nach den Ausführungen des Verbandes der deutschen Schiffbauindustrie (VDS) geht man nun von 54 000 Arbeitskräften auf den Werften, 80 000 Arbeitskräften in der Schiffbauzulieferindustrie und weiteren 3000 Arbeitskräften in Forschungs- und anderen Einrichtungen aus. Der rückläufige Markt für Großschiffe, die Unterbietung der Preise um 30 Prozent durch fernöstliche Werften, Marktverfälschungen durch Subventionswettbewerb und überdurchschnittliche Fertigungsstundensätze durch das Lohnniveau würden eine „Marktanpassung von 9000 Mann“ notwendig machen. Auf HDW entfielen 4000 vernichtete Arbeitsplätze in Hamburg und Kiel, 2000 bis 3000 wären bei AG Weser und Bremer Vulkan „freizusetzen“, Blohm + Voss hätten ihr Soll von 500 schon realisiert. Da der „Krankenstand bei ausländischen Mitarbeitern“ höher sei, müsse man sich „überwiegend von ausländischen Mitarbeitern trennen“. „Es wäre gut, wenn die öffentliche Hand die Rückführung ausländischer Mitarbeiter, die hier keine Arbeit finden, in ihre Heimatländer fördern würde“ (Budczies, Sprecher des VDS).

Die vorangegangene Werftenkrise von 1977/78 hat gezeigt, daß gewerkschaftliche Forderungen nach Werfthilfsprogrammen, Produktionsdiversifizierungen und öffentlichen Aufträgen/Beteiligungen nicht gegriffen haben. In der gegenwärtigen Werftenkrise hat die Forderung nach Alternativproduktionen ein sehr viel stärkeres Gewicht erhalten, da in der Tat Vorschläge vorliegen, die Massenentlassungen verhindern könnten. Problematisch ist bei der Forderung nach Alternativproduktionen, daß einerseits das weitere Schicksal des Schiffbaus ausgeklammert wird und andererseits das der Schiffzulieferindustrien. Welche Marktprognose man auch immer für den Schiffbau heranzieht, die Marktwirtschaft bietet nicht die geringste Gewähr für ein Überleben der Branche. Vielmehr wäre eine Abkoppelung überlegenswert, die nach dem Vorschlag des Memorandums „Alternativen der Wirtschaftspoli-

tik“ von 1983 die Bildung einer nationalen Werft AG vorsieht und daran eine entsprechende Schifffahrtspolitik anbindet. Zumindest zeigt das schwedische Beispiel, daß die Produktion von Schiffen ohne Auftrag (zum Ausgleich von Nachfrageschwankungen) und die Bildung eines nationalen Werftkontors zu einer Verminderung der Krisenfolgen für die schwedische Schiffbauindustrie geführt hat.

1.4 Geld- und Kapitalmarkt

Sowohl im Jahre 1982 als auch im 1. Quartal 1983 wirkt sich die Stagnation der westdeutschen Wirtschaft auf den Kreditmarkt aus. Die Kredite an Unternehmen und Private zeigen eine deutliche Verlangsamung; ihre Zuwachsrate ist von knapp 10 Prozent Ende 1980 auf etwa 5 Prozent im März 1983 geschrumpft. Auch die Zuwachsrate der Kredite an öffentliche Haushalte ist innerhalb eines Jahres von 16,2 Prozent auf 9,7 Prozent zurückgegangen.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Geldkapitalbildung zu beobachten: sie ist in erster Linie auf die Bankschuldverschreibungen zurückzuführen. Während die Geldanlagen in diesen Wertpapieren Ende März 1982 noch um 17,5 Prozent höher lagen als ein Jahr zuvor, waren sie ein Jahr später nur um 2,8 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung deutet auf die weiterhin hohe Liquiditätslage der Kreditinstitute hin, die in einer von einer Stagnation der Wirtschaft gekennzeichneten Situation für normal anzusehen ist.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1981 Dezember	1982	1983 März	1981	1982	1983 ²
	Milliarden DM			Veränderungen gegenüber Vorjahr in %		
Kredite an inländische Nichtbanken	1609,2	1713,4	1717,6	9,0	6,4	6,2
– Unternehmen u. Private	1223,2	1289,3	1284,1	7,3	5,4	5,1
– Öffentliche Haushalte	386,0	424,1	433,5	14,7	9,9	9,7
Netto-Auslandsforderungen	110,6	113,7	118,7	16,5	2,8	8,1
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	943,8	996,1	1017,3	13,4	5,5	5,4
darunter: Spareinlagen und -briefe	295,8	312,1	308,7	4,3	5,5	5,0
Geldvolumen (M ₃)	776,0	831,0	819,0	4,9	7,1	7,5

1 Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Was den Kapitalmarkt anbetrifft, so war auf dem Primärmarkt eine rege Anlagebereitschaft in festverzinslichen Wertpapieren zu verzeichnen. Wie aus der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ hervorgeht, wurden die Neuemissionen insbesondere von der öffentlichen Hand (Anleihen und Kommunalobligationen) und dem Ausland getätigt. Diese starke Inanspruchnahme sowohl des Kredits als auch des Kapitalmarktes seitens öffentlicher Haushalte ist darauf zurückzuführen, daß die öffentliche Hand ihre Nachfrage 1982 auf inländische Finanzierungsquellen konzentriert hat, während sie sich in den Jahren 1980–81 um knapp 50 Milliarden DM gegenüber dem Ausland verschuldet hatte. Der Absatz an sonstigen Bankschuldverschreibungen ist von 33,7 Milliarden 1981 auf 8,7 im Jahre 1982 geschrumpft; die hier skizzierte Entwicklung hat sich im 1. Quartal 1983 fortgesetzt. 1982 waren die Kreditinstitute auf der Erwerbsseite wieder am stärksten vertreten, was wiederum ihrer guten Liquiditätslage zuzuschreiben ist.

Auf dem Sekundärmarkt lagen die Börsenumsätze sowohl an inländischen Rentenwerten als auch an inländischen Dividendenwerten 1982 weit höher als ein Jahr zuvor: 74 Milliarden gegenüber 42 am Rentenmarkt und 35 gegenüber 31 auf dem Aktienmarkt. Die Steigerung der Nachfrage war auch im 1. Quartal 1983 sehr hoch; die Börsenumsätze an inländischen Aktien verzeichneten einen regelrechten Boom, auf deren Ursachen wir noch zurückkommen werden. Diese Entwicklung

spiegelt sich im Mittelaufkommen der Kapitalanlagegesellschaften wider: Nach zwei Jahren, in denen ein Nettoverkauf von Investmentanteilen in Höhe von knapp 4 Milliarden insgesamt zu verzeichnen war, ist es 1982 wieder zu einem Mittelzufluß an die Investmentfonds gekommen.

Seit dem 3. Quartal 1981 zeigen Zinsen und Renditen eine sinkende Tendenz: Innerhalb von 1 1/2 Jahren sind die Zinsen auf Kontokorrentkredite und die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand von 14,58 auf 9,35 Prozent bzw. von 11,1 auf 7,5 Prozent zurückgegangen. Diese Tendenz scheint nun beendet, seit März 1983 verharren die Zinsen auf dem immer noch recht hohen Niveau, bzw. steigen wieder.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1980	1981 Jahr	1982	1. Vj.	1983 ¹ 1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	4934	-2608	28563	6467	8868
Kommunalobligationen	24758	36729	36099	13368	12736
Sonstige Bankschuldverschreibungen	16679	33723	8696	6496	3884
Industrieobligationen	-1263	-972	-634	-197	-138
Auf ausländische Rentenwerte	7338	6131	11006	3634	2000
Absatz = Erwerb insgesamt	52556	73003	83732	29768	27350
darunter:					
Kreditinstitute	17316	17565	43093	9597	-
Inländische Nichtbanken	33188	57076	36744	20798	-

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Nachdem der Index der Aktienkurse zwischen 1978 und 1982 im Durchschnitt um etwa 7 Prozent gefallen war, steigen die Aktienkurse seither wieder. Seit den Bundestagswahlen vom 6. März herrscht an der Aktionsbörse eine regelrechte Euphorie, so daß die Aktienwerte zwischen Ende 1982 und Ende April 1983 um nicht weniger als 27 Prozent gestiegen sind. Nun wird man sich fragen, worauf eine solche Entwicklung zurückzuführen ist: Die bürgerlichen Kommentatoren erklären das Phänomen damit, daß die Aktienbörse die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gewissermaßen vorwegnimmt; so schrieb die FAZ Anfang dieses Jahres: „Wenn es zutrifft, daß die Börse einen Vorlauf von etwa einem halben Jahr hat, dann könnte unmittelbar nach der geplanten Wahl schon die Vorentscheidung über das Börsenjahr 1983 fallen. Denn ein für das 2. Halbjahr erwarteter Aufschwung müßte sich dann schon in den Kursen des 1. Halbjahres niederschlagen“ (FAZ, 3. Januar 1983, S. 14). Kurt Wendt kommt in der „Zeit“ einige Monate später zu einem ähnlichen Befund: „In der deutschen Nachkriegsbörsengeschichte hat es selten ein Vierteljahr gegeben, in dem die Aktienkurse so stark gestiegen sind wie in den letzten drei Monaten. Der Anstieg wird längst nicht mehr von sinkenden Zinsen getragen – hier hat es in

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite	Renditen und Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse ²
		in %	29. 12. 1972 = 100
1981			
1. Vj.	12,24	9,8	98,2
2. Vj.	14,36	10,6	103,7
3. Vj.	14,58	11,1	105,3
4. Vj.	14,15	10,0	99,8
1982			
1. Vj.	13,55	9,7	101,2
2. Vj.	12,55	9,0	102,0
3. Vj.	11,96	9,0	98,5
4. Vj.	10,52	8,1	104,1
1983			
1. Vj.	9,35	7,5	113,6

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

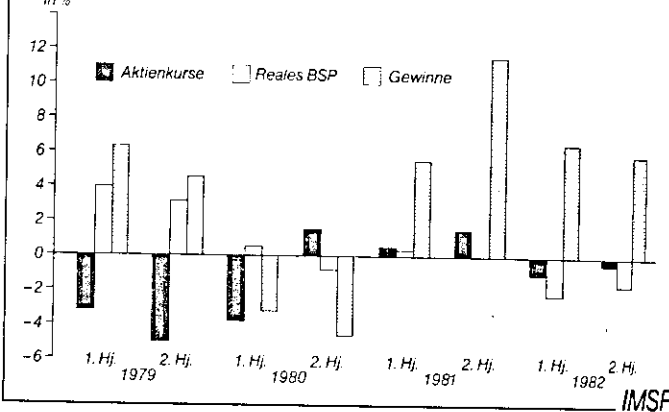
² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

den letzten Tagen sogar Enttäuschungen gegeben; ausschlaggebend für die ungewöhnliche Haussebewegung sind die Aussichten auf eine deutliche Konjunkturbelebung im kommenden Jahr. Börsenexperten gehen davon aus, daß die Unternehmenserträge 1984 durchschnittlich um 25 Prozent steigen werden“ („Die Zeit“, Nr. 15, 8. April 1983, S. 26).

Den hier behaupteten Zusammenhang zwischen Entwicklung der Aktienkurse und Verlauf des Bruttosozialprodukts bzw. Gewinnen der Unternehmen haben wir graphisch darzustellen versucht.

Aktienkurse, reales Bruttosozialprodukt und „Gewinne“

in der Bundesrepublik in den Jahren 1979-1982



Wie aus der Abbildung hervorgeht, kann man die (laut FAZ) „drei Verlustjahre am Aktienmarkt“ 1979–81 nicht mit der Entwicklung des realen BSP und der Gewinne der Unternehmen erklären. Die Grafik zeigt für jedes Halbjahr die tatsächliche Entwicklung der Aktienkurse in demselben Halbjahr und die Veränderungen des realen BSP und der Gewinne des darauffolgenden Halbjahres, gemäß der „Theorie“, wonach „die Börse einen Vorlauf von etwa einem halben Jahr hat“. Die „Gewinne“ sind die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Für das Emporschnellen der Aktienkurse Anfang 1983 gibt es dagegen eine plausible Erklärung: Die Finanzwelt setzt darauf, daß die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung noch eindeutiger zu ihren Gunsten ausfallen wird.

Über die wirtschaftliche Bedeutung der Börse kann kaum jemand besser Aufschluß geben als Guido Carli, langjähriger Präsident der italienischen Zentralbank und heute Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in der EG. In einem Vortrag vor dem Industrieverband von Latina schätzte Carli die berühmte Börse von Wall Street folgendermaßen ein: „In Italien glaubt man, daß in diesem Land (die USA), das als die Hochburg des Kapitalismus gilt, der Aktienabsatz das wichtigste Instrument für die Finanzierung der Wirtschaft ist. Aber das stimmt nicht. Im Jahre 1981 beliefen sich die Finanzierungsströme von Kapitalgebern zu Kapitalbenutzern auf 508 Milliarden Dollar; die Neuemissionen von Aktien betrugen 12 Milliarden Dollar; die von der öffentlichen Hand emittierten Wertpapiere beliefen sich auf 157 Milliarden Dollar. Ich habe diese Zahlen nur deshalb angegeben, um Sie auf zwei Tatsachen hinzuweisen: 1. in der ganzen Welt hat das Instrument der Aktienemissionen an Bedeutung eingebüßt; 2. das Gewicht der öffentlichen Hand sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Aufnahme von Mitteln auf dem Kapitalmarkt zeigt in allen Ländern einschließlich den USA eine steigende Tendenz.“

1.5 Investitionen

Die Investitionen sind im Jahr 1982 deutlich gesunken, so daß die Krise 1980/82 doch insgesamt von einem deutlichen Investitionsrückgang gekennzeichnet war. Auch im ersten Halbjahr 1983 hat sich die Investitionstätigkeit noch nicht belebt, eine Stabilisierung zeichnet sich lediglich bei den Wohnungsbauinvestitionen ab.

Anlageinvestitionen der Gesamtwirtschaft¹

	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982	1. Hj. 1983 ²	2. Hj. 1983 ²
Ausrüstungen	-7,0	-7,3	-3,0	+4,5
Bauten	-6,7	-2,5	+3,5	+2,0
Insgesamt	-6,9	-4,5	+1,0	+3,0

¹ Real, Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Schätzung bzw. Prognose
(Quelle: „Frühjahrgutachten“, DIW-Wochenbericht, 18-19/1983)

Wie wenig dieser Investitionsrückgang mit verschlechterten Finanzierungsbedingungen zu tun hat, zeigt die Finanzierungsrechnung des Statistischen Bundesamtes.

Finanzierungsrechnung der Unternehmen¹

	Bruttoanlageinvestitionen	Abschreibungen ²	Nichtentnommene Gewinne ²	Vermögensübertragungen ²	Fremdfinanzierungsdefizit
1979	255270	148100	23800	37800	72570
1980	282840	164050	5340	37930	92520
1981	286630	177900	-9210	38220	78120
1982	280270	189670	500	40560	54930

¹ Millionen DM, einschließlich Wohnungsvermietung

² Abschreibungen, Nichtentnommene Gewinne und Vermögensübertragungen = eigene Mittel
(Quelle: Wirtschaft- und Statistik, 3/1983, S. 194)

Demnach stieg die „Selbstfinanzierungsquote“ zwischen 1979 und 1982 von 75 auf 80 Prozent. Auffallend ist, daß in den Jahren 1981 und 1982 der Finanzierungsbeitrag der „nichtentnommenen Gewinne“ negativ ist, d. h. in den einzelnen Unternehmen wurden Mittel über die ausgewiesenen Gewinne hinaus entnommen.

In der Verarbeitenden Industrie ist die Investitionszurückhaltung womöglich noch deutlicher ausgefallen.

Investitionen der Verarbeitenden Industrie¹

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ²	1984 ³
Bruttoanlageinvestitionen	27,3	27,9	30,8	33,9	31,9	29,7	30	29
Investitionsquote ²	3,9	4,0	4,1	4,4	4,1	3,9	4,0	3,8

¹ Mrd. DM, Preise von 1970

² Nominale Investitionen in Prozent vom Umsatz

³ Geplant, lt. Ifo-Investitionstest

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 10-11/1983, S. 13)

1982 lag das reale Investitionsniveau um mehr als 12 Prozent unter dem Stand von 1980. Die Stabilisierung für 1983 ist wesentlich Folge der Investitionsprämie, denn 1984 wird trotz der erwarteten Belebung der Produktion ein erneuter Rückgang geplant. Mittelfristig planen die Unternehmen bis 1987 jährliche Investitionen, die real auf dem Niveau von 1981 liegen werden, die Investitionsquote soll demnach auf dem krisenhaft gedrückten Stand von 1977 oder 1982 bleiben. Damit werden die Investitionen weiterhin hinter der Entwicklung der Produktion zurückbleiben: während die Produktion im Zeitraum 1981/82 jährlich um 2,2 Prozent wachsen soll, werden die Investitionen stagnieren.

In konjunktureller Hinsicht weist das Ifo-Institut auf die hohen Kapazitätsreserven hin: „Der mäßige Aufschwung, den die befragten Firmen erwarten, ist beim derzeitigen Auslastungsgrad durchaus mit den bestehenden Kapazitäten zu bewältigen. Es überrascht deshalb nicht, daß die Industrie bis 1984 keinen erhöhten Bedarf an Erweiterungsinvestitionen sieht“ (Ifo-Schnelldienst 10-11/83, S. 9). Überraschend ist lediglich, daß das Ifo-Institut trotz dieser Erkenntnis weiterhin die Verbesserung der unternehmerischen Ertragslage als wirksamen Hebel

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,9	83,2	80,6	79,9
1981	79,6	78,7	78,3	79,3
1982	78,5	77,1	74,9	75,3
1983	76,3			

¹ In % der betriebsüblichen Vollausslastung, 1975 jeweils Januar, April, Juli und Oktober
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 5/83)

zur Investitionsbelebung ansieht. Denn durch eine solche Politik der Umverteilung würde der „Bedarf an Erweiterungsinvestitionen“ wegen der sinkenden Massenkaukraft eher verringert.

Zwar ist es inzwischen zu einer Stabilisierung des Auslastungsgrades gekommen, aber zu keiner erheblichen Verbesserung.

In langfristig-struktureller Hinsicht beinhaltet auch der wachsende Rationalisierungs- und Modernisierungsbedarf vielfach keine zusätzlichen Investitionen. Dies dürfte u. a. auch mit dem Charakter des technischen Fortschritts zusammenhängen, der den Investitionsbedarf pro Anlage teilweise senkt.

1.6 Subventionen

Subventionen in Form direkter Finanzhilfen nehmen sich vergleichsweise bescheiden aus. Faßt man diesen Begriff der Wirklichkeit entsprechend, so muß man Steuervergünstigungen, Vermögensübertragungen und Ähnliches gleichfalls hinzuzählen.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung enthüllt, daß die Unternehmen zu den Übertragungen von Einkommen und Vermögen, die der Staat empfängt, 1981 nur 3,9 Prozent beigetragen haben, dagegen 15,1 Prozent der vom Staat geleisteten Übertragungen erhielten. Das bedeutet, daß sie gar nichts zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben oder internationalen Verpflichtungen beisteuerten, auch nichts zu den von ihnen so begehrten Rüstaufwendungen. Ihnen brachte die Einnahmen- und Ausgabenpolitik des Staates von Jahr zu Jahr gewaltige Vorteile, 1981 in Höhe von ausgewiesenen 25 Milliarden DM.

Zieht man die Sozialbeiträge ab, so empfing der Staat von den privaten Haushalten an direkten und indirekten Steuern (bei letzteren ist der geringe Anteil, der nicht auf die privaten Haushalte überwälzbar ist, hier unberücksichtigt gelassen) im Jahre 1981 54,8 Prozent seiner Übertragungen. Die an private Haushalte geleisteten Übertragungen waren mit 18,4 Prozent jedoch nur unwesentlich höher als die an Unternehmen, obgleich erstere vierzehnmal soviel Gelder aufbrachten wie die letzteren.

Umverteilung von Einkommen und Vermögen über den Staat in Mrd. DM

	1970	1975	1979	1980	1981 ¹
Vom Staat empfangene Übertragungen:					
Indirekte Steuern	87,2	126,7	179,8	189,9	194,9
Direkte Steuern,	72,8	123,8	175,5	187,8	188,4
darunter:					
von Unternehmen	12,3	14,3	28,0	26,4	25,6
Sozialbeiträge	81,5	153,6	213,5	230,5	247,4
Vermögensübertragungen	2,5	6,0	6,0	7,1	7,0
insgesamt	248,1	418,2	590,1	630,7	652,6

Vom Staat geleistete Übertragungen an:

Private Haushalte,	20,2	47,5	55,1	57,1	61,3
dazu:					
aufgrund von Sozialbeiträgen	66,6	130,2	170,8	182,0	196,0
Unternehmen,	19,1	31,1	50,9	51,2	50,4
darunter:					
Subventionen	9,6	15,2	24,8	23,7	22,4
Übrige Welt	6,4	14,1	22,5	24,5	25,5
insgesamt	112,2	222,9	299,3	314,9	333,2

Vom Staat empfangene Leistungen in Prozent

von Unternehmen	5,0	3,4	4,7	4,2	3,9
von privaten Haushalten	59,5	56,5	55,5	55,7	54,8

Vom Staat geleistete Übertragungen in Prozent:

an Unternehmen	17,0	14,0	17,0	16,3	15,1
an private Haushalte	18,0	21,3	18,4	18,1	18,4

¹ 1979–1981 vorläufiges Ergebnis

(Quelle: Statistisches Jahrbuch 1982 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 541)

So ist der Staat eine gewaltige Umverteilungsmaschinerie im Interesse der Unternehmen geworden. Es ist bemerkenswert, daß trotz Massenarbeitslosigkeit der Anteil der privaten Haushalte an den Übertragungen sich in den letzten Jahren nicht verändert hat. Er ist seit 1970 nahezu konstant geblieben, gegenüber 1975 sogar gesunken.

In Wahrheit ist die Finanzpolitik zugunsten der Privatwirtschaft weitaus umfassender als obige Zahlen erschließen. Im Jahre 1980 betrugen die direkten Finanzhilfen des Bundes, der Länder, Gemeinden und aus ERP-Mitteln fast 24 Milliarden DM für Betriebe und Wirtschaftszweige, aber nur 5,3 Milliarden DM für private Haushalte.

Finanzhilfen in Mrd. DM

	1979	1980	1981 ¹	1982 ²
Des Bundes für Betriebe oder Wirtschaftszweige				
private Haushalte	7,2	7,8	7,4	5,9
Der Länder für: Betriebe oder Wirtschaftszweige				
Sparförderung	5,5	4,4	4,6	4,9
Aus dem ERP-Wirtschaftsplan für: Gewerbliche Wirts., Verkehr				
	11,6	12,0	—	—
	1,0	0,9	—	—
	2,2	2,7	2,4	— ³

¹ Soll ² Regierungs-Entwurf

³ Die Finanzhilfen der Gemeinden für Betriebe oder Wirtschaftszweige beliefen sich 1974–1976 auf jährlich rd. 0,8 Mrd. DM. Sie wurden wegen ihrer Bedeutungslosigkeit weiterhin statistisch nicht erfaßt, doch schätzt man, daß sie sich auf dem bisherigen Niveau gehalten haben.

(Quelle: Deutscher Bundestag, Achter Subventionsbericht, S. 27 f., 303 ff.)

Den Hauptanteil der Finanzhilfen für Betriebe und Wirtschaftszweige trugen die Länder 1980 mit 12 Milliarden DM, an zweiter Stelle folgte der Bund mit 7,8 Milliarden DM, während auf den ERP-Wirtschaftsplan 2,7 Milliarden DM, auf die Gemeinden ca. 1 Milliarde DM entfielen. Der Wegfall von Finanzhilfen in den Jahren 1979–82 brachte im Entstehungsjahr für den Bund Minderausgaben für Betriebe und Wirtschaftszweige in Höhe von 0,7 Milliarden DM, für Spar- und Wohnungsbau-prämien jedoch in Höhe von 1,2 Milliarden DM und für Studentenwohnheime im Umfang von 0,1 Milliarden DM (Achter Subventionsbericht, S. 299). Die ohnehin benachteiligten privaten Haushalte wurden also von den Kürzungen der Finanzhilfen am stärksten betroffen.

Diese Tendenz setzte sich in den Beschlüssen der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1982 und zum Finanzplan 1981 bis 1985 fort. Außer der Kokskohlenbeihilfe (–1,6 Milliarden DM 1982, –1,1 Milliarden DM 1985) belasten alle Kürzungen private Haushalte. Arbeitsförderung, Kindergeld, Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende, Altershilfe für Landwirte und Wohngeld wurden und werden reduziert. Diese Reduktionen insgesamt beziffern sich 1982 auf 5,9 Milliarden DM, 1985 auf 6,6 Milliarden DM. – Die Ausgabenerhöhungen dagegen kommen fast ausschließlich Unternehmen zugute: 1982 entfielen 40 Prozent auf Stahl- und Energiewirtschaft, 1985 sollen es 100 Prozent sein. Weitere 20 Prozent verschlang 1982 die Kreditanstalt für Wiederaufbau (Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates, S. 125).

Zu den indirekten Subventionen gehören die Steuervergünstigungen. Wie erwähnt, erbrachten die Unternehmen 1981 3,9 Prozent, die privaten Haushalte 54,8 Prozent der vom Staat empfangenen Übertragungen in Form von Steuern. Die Summe der Vergünstigungen für Millionen von Lohn- und Gehaltsempfängern – die Großverdiener eingeschlossen – liegt aber nur wenig über der Summe für vergleichsweise wenige Unternehmen. 17 Milliarden DM Steuervergünstigungen für private Haushalte im Jahre 1982 stehen 13,2 Milliarden DM für Betriebe und Wirtschaftszweige gegenüber.

Steuervergünstigungen in Mrd. DM für:

	1979	1980	1981	1982
Betriebe oder Wirtschaftszweige				
private Haushalte	12,2	13,3	13,0	13,2
	15,0	15,7	16,4	17,0

(Quelle: Achter Subventionsbericht, S. 28 f.)

Auch hier soll die bisherige Politik verstärkt fortgesetzt werden. Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 1982 und zum Fi-

nanzplan 1981 bis 1985 sehen das Folgende vor: Mehreinnahmen aus Steuern und Abgaben, von denen 1982 86,8 Prozent (5,9 Milliarden DM), 1985 85,7 Prozent (7,2 Milliarden DM) private Haushalte treffen. Die zusätzlichen steuerlichen Mindereinnahmen von 0,9 Milliarden DM 1982, 2,2 Milliarden DM 1983, 5 Milliarden DM 1984, 7,3 Milliarden DM 1985 gelten jedoch ausschließlich für Unternehmen und Kapitaleigentümer (Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates, S. 125).

1.7 Außenwirtschaft

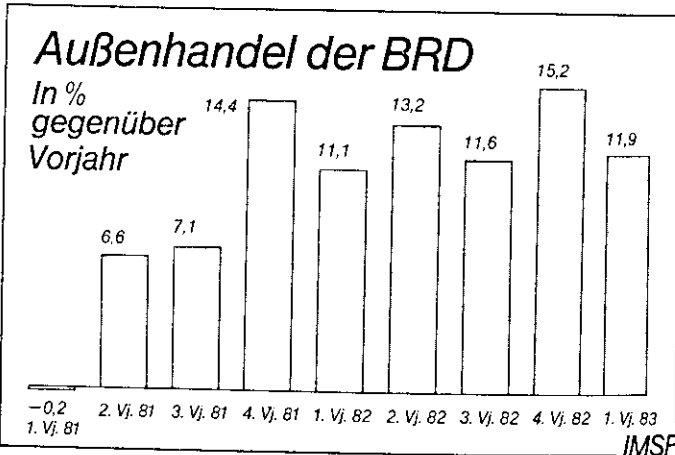
Die Position der Bundesrepublik im Außenhandel hat sich auch in den letzten Monaten günstig entwickelt. Dies vor allem deshalb, weil die Exporte langsamer zurückgegangen sind als die Importe.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹	In Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 82	107,6	+18,0	96,5	+5,6	+11,1	—
2. Vj. 82	108,3	+11,3	95,1	+4,9	+13,2	+100,0
3. Vj. 82	101,4	+ 2,6	89,8	–2,1	+11,6	+ 63,4
4. Vj. 82	110,5	+ 0,6	95,3	–0,1	+15,2	+ 5,6
1. Vj. 83	105,6	– 1,9	93,7	–2,9	+11,9	+ 7,2

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



Vorteilhaft hat dabei der Rückgang der Importpreise gewirkt, so daß sich die internationalen Austauschverhältnisse, die „Terms of Trade“, erneut zugunsten der Bundesrepublik verschoben haben.

Im ersten Vierteljahr 1983 hat sich die Leistungsbilanz der BRD daher erneut verbessert; während im ersten Vierteljahr 1982 noch ein Fehlbetrag von 0,8 Milliarden DM registriert wurde, ist nun ein Aktivsaldo von 3,5 Milliarden zu verzeichnen. Dies hängt nicht nur mit dem erneut gestiegenen Exportüberschuß, sondern auch mit der Verminderung der Defizite bei Dienstleistungen und Übertragungen zusammen.

Für 1983 wird nun mit einem Überschuß von etwa 15 Milliarden DM gerechnet.

Es kennzeichnet die einseitig außenwirtschaftlich orientierte Strategie der alten und neuen Bundesregierung, daß sie dieses hohe – allerdings positive – Ungleichgewicht in der Leistungsbilanz weiter fördert und darin keinerlei Probleme sieht. Die Defizite zwischen 1979 und 1981 dagegen waren als schwere ökonomische Bedrohung empfunden worden. Es sei hier daran erinnert, daß Überschüsse in der Leistungsbilanz eines Landes Defizite in den Bilanzen anderer Länder bedeuten und daß diese Ungleichgewichte angesichts der immer wieder beschworenen internationalen Verflechtung auch auf die Bundesrepublik zurückwirken. Daher könnte ein Leistungsbilanzüberschuß in diesem Ausmaß nicht als Erfolg gefeiert werden, wenn ausgeglichene internationale Wirtschaftsbeziehungen angestrebt würden. Tatsächlich ist aber ein internationales Übergewicht, die Machtposition der „eigenen“ Multis, Orientierungspunkt der Politik. Einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Handelsbilanz hat die Entwicklung von Rohölimporten und Rohölpreisen geleistet.

Rohöleinfuhren

	Menge in Mill. t	Wert in Mrd. DM	Preis je t in DM
1973	110,5	9,1	82
1974	102,5	23,0	224
1975	88,4	19,7	223
1976	97,7	23,8	244
1977	96,3	23,5	244
1978	94,4	20,0	212
1979	107,4	29,9	279
1980	96,9	44,2	456
1981	79,3	49,1	620
1982	72,5	44,7	616

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1983, S. 236)

Für 1983 wird eine weitere Entlastung der „Ölrechnung“ erwartet, diesmal vor allem wegen der rückläufigen Preise. Die Senkung der OPEC-Richtpreise im März von 34 auf 29 Dollar bei stabilen DM-Wechselkursen wird sich erst in den kommenden Monaten auf die effektiven Importpreise auswirken.

2 Unternehmerngewinne und Konzentration

Die Unternehmerngewinne steigen mit der leichten Konjunkturbelebung beschleunigt an. Der krisenbedingte Rückgang der Selbständigeneinkommen hat sich auf das zweite Halbjahr 1980 und das erste Halbjahr 1981 beschränkt.

Auffallend ist die „antizyklische“ Entwicklung der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen. Dies hängt einmal damit zusammen, daß den Unternehmen in der Krise Mittel entzogen wurden, die anderweitig, vor allem auf den Kapitalmärkten, angelegt wurden. Außerdem hat das Hochzinsniveau zu einer Umverteilung von Profiten zugunsten des Geldkapitals geführt.

Gewinnstabilisierend wirkt auch die staatliche Steuerpolitik, die die Belastung der Gewinne und Selbständigeneinkommen kräftig reduziert hat: Die „Nettoquote“ (Anteil der Nettogewinne an den Bruttogewin-

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	Brutto Mrd. DM	% ³	Steuern Mrd. DM	%	Netto Mrd. DM	%	Entnommene Gewinne ¹ Mrd. DM	%
1979	310	+7,6	66	+0,8	244	+9,6	230	+10,7
1980	306	–1,3	62	–5,7	244	–0,1	251	+ 9,1
1981	305	–0,5	58	–6,0	246	+0,9	270	+ 7,7
1982	325	+6,7	59	+1,2	266	+8,1	280	+ 3,6
1983 ²	350	+7,5	60	+1,8	290	+9,0	290	+ 3,5

¹ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

² Prognose des „Frühjahrgutachtens“

³ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1983, S. 186; DIW-Wochenbericht, 18–19/83)

nen) liegt mit 83 Prozent höher als jemals zuvor, allein seit 1979 ist sie um drei Prozent gestiegen.

Wie weiter unten gezeigt wird, übersteigt die prozentuale Belastung der Löhne und Gehälter durch Lohnsteuern (18 Prozent) 1983 erstmals die Belastung der Selbständigeneinkommen (17 Prozent). Dies ist ein wahrhaft „historischer“ Markierungspunkt der Steuerpolitik: Einkommen werden prozentual niedriger belastet als Arbeitseinkommen!

1983 wird für die Unternehmen ein Anstieg der Gewinne um etwa 15 Prozent erwartet. Die BHF-Bank, die die Gewinnssituation von 49 börsennotierten Aktiengesellschaften analysiert, rechnet mit Gewinnerhöhungen von drei bis sechs DM je 50-DM-Aktie. Bestimmendes Moment bleibt allerdings die große Differenzierung innerhalb des Unternehmensbereichs, insbesondere die hervorragende Rolle der Banken und Finanzinstitutionen.

Bankengewinne 1982

	Deutsche Bank		Dresdner Bank		Commerzbank	
	Mill. DM	% ¹	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Zinsüberschuß	3799	+11,6	2055	+ 20,2	1382	+ 28,7
Betriebsergebnis	2103	+13,2	841	+ 51,7	439	+164,5
Rückstellungen	1108	+21,0	401	+243,0	603	+215,0

¹ In % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Geschäftsberichte)

Die Deutsche Bank hat ihre führende Stellung weiter ausbauen können. Auffallend sind die gewaltigen Reserven, die die Banken in den letzten Jahren in Form von „Rückstellungen“ für Kreditrisiken gebildet haben.

Auf der anderen Seite ist die Zahl der Insolvenzen und Unternehmenszusammenbrüche trotz der konjunkturellen Stabilisierung und trotz der gesunkenen Zinsen weiter angestiegen. Allein in den ersten beiden Monaten von 1983 wurden fast 3000 Konkurse und Vergleiche registriert, etwa 17 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Eine allgemeine Gewinnverbesserung erleichtert also keineswegs automatisch die Situation der kleinen und mittleren Betriebe, wie es propagandistisch gern behauptet wird.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der tariflichen Arbeitsentgelte hat sich unter dem Druck der Krise drastisch verlangsamt. Auch die konjunkturelle Stabilisierung im ersten Vierteljahr 1983 hat diese Tendenz nicht berührt: es scheint im Gegenteil so, als ob der Druck der privaten und öffentlichen „Arbeitgeber“ noch verstärkt wird. In den meisten Tarifverhandlungen stellen die Unternehmer die Forderung nach „Nullmonaten“, versuchen „Lohnpausen“ durchzusetzen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1983 1. Vj.
	+4,3	+3,6	+3,9	+4,0	+3,7

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Hinzu kommt, daß die „Lohndrift“ wegen der rückläufigen Arbeitszeit je Beschäftigten negativ ist, d. h. die Effektivverdienste steigen langsamer als die tariflichen Einkommen. Eine Ausnahme bildet die Bauwirtschaft, in der – auch witterungsbedingt – im ersten Quartal mehr Arbeitsstunden geleistet wurden als in der gleichen Vorjahreszeit. Ohne die Bauwirtschaft war die Lohndrift bei den Arbeitern mit –1,6 Prozent wesentlich negativer.

Lohndrift¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Tariflöhne	+4,6	+4,5	+3,8	+3,9
Effektivlöhne	+5,8	+3,1	+3,2	+3,7
Lohnrft	+1,2	–1,4	–0,6	–0,2

¹ Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr (Quelle: DIW-Wochenbericht 16/83)

Es ist jedenfalls absehbar, daß die realen Arbeitseinkommen auch 1983 weiter zurückgehen werden, wenn auch etwas langsamer als im Vorjahr. Im ersten Halbjahr 1983 dürften die Reallöhne und -gehälter je Beschäftigten um etwa 1,5 Prozent unter dem Vorjahresstand gelegen haben.

Von Standpunkt der Kaufkraftentwicklung ist die Tatsache bemerkenswert, daß seit 1981 die Summe aus Arbeits- und Sozialeinkommen ebenfalls real rückläufig ist.

Masseneinkommen¹

	1979	1980	1981	1982	1983 ²
Nettolohnsumme	+8,3	+6,9	+3,9	+0,8	0,0
Sozialeinkommen	+5,7	+6,7	+7,7	+5,3	+3,5
Masseneinkommen insgesamt	+7,5	+6,9	+4,9	+2,1	+1,0
Inflationsrate	+4,1	+5,5	+5,9	+5,3	+3,0

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des Frühjahrsgutachtens, Inflation weit unterschätzt (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.; DIW-Wochenbericht 18-19/83)

3.2 Steuern

Die Steuerprogression ist zu einem erheblichen Teil dafür verantwortlich, daß die Reallohne in den letzten Jahren gesunken sind. Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung berechnet, daß von der Erhöhung der Bruttolohnsumme um 15,2 Milliarden DM im Jahre 1982 11,5 Milliarden DM in öffentliche Kassen geflossen sind. Lediglich 3,7 Milliarden sind netto verfügbar geblieben. Noch krasser die Unterschiede 1983: bei einer (erwarteten) Erhöhung der Bruttolohnsumme um 11,7 Milliarden DM (= 1,6 Prozent) würden nur noch 1,6 Milliarden verfügbar bleiben.

Zur Zeit fließen also fast die gesamten Lohnerhöhungen zurück in die Kassen des Staates und der Sozialversicherungen.

Bezogen auf den einzelnen Beschäftigten bleiben von einer Lohnerhöhung um eine DM nur 47 Pfennige übrig.

Durchschnittsbelastung der Arbeitseinkommen

	Bruttolohnsumme ²	Lohnsteuerbelastung in %	Sozialabgaben in %	Abgaben insgesamt in %	Nettolohnsumme ²
1960	124,5	6,7	9,4	16,1	104,5
1970	307,9	12,0	10,7	22,7	237,9
1980	687,0	16,8	13,2	30,0	481,0
1982	731,6	17,4	13,9	31,3	502,8
1983 ¹	743,3	18,0	14,1	32,2	504,3

¹ Schätzung ² Mrd. DM (Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 8/1983, S. 6)

Die Belastung der Löhne und Gehälter durch direkte Steuern und Sozialabgaben steigt rapide an. Die CDU/CSU, die diesen Tatbestand in ihrer Wahlpropaganda immer der „sozialistischen“ und „leistungsfeindlichen“ Tendenz der alten Bundesregierungen angelastet hatte, betätigt sich nun eifrig selber in die gleiche Richtung. Die im Steuersystem eingebaute Tendenz in diese Richtung wurde durch die Streichung von bestimmten Arbeitnehmerfreibeträgen und durch die Erhöhung der Sozialbeiträge verschärft. Die Senkung der Löhne und Gehälter wird staatlicherseits auf drei Ebenen forciert: die öffentlichen „Arbeitgeber“ übernehmen eine „Vorreiterrolle“ in den Tarifrunden, steigende Lohnsteuer und Sozialabgaben reduzieren die geringen Bruttolohnerhöhungen, schließlich werden die Konsumenten durch höhere öffentliche Gebühren und preistreibende Verbrauchssteuerverhöhungen nochmals zur staatlichen Kasse gebeten.

Alles dies hat nicht einfach den Zweck, die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen. Es geht vielmehr in erster Linie um eine Umverteilung zugunsten der Unternehmerrgewinne. Geplant sind zur Zeit folgende Steuererleichterungen:

- Senkung der Vermögensteuern
- Erhöhung des „Verlustrücktrags“
- Verkürzung der Abschreibungsfristen für langlebige Investitionsgüter, höhere Sonderabschreibungen
- Senkung der Gewerbesteuer- und Erbschaftsteuer durch Halbierung der Wertansätze des Betriebsvermögens
- steuerliche Erleichterung bei der Realisierung verdeckter Gewinne und „stiller Reserven“.

Insgesamt soll die „Wirtschaft“ 1984 durch diese Maßnahmen zusätzlich um etwa 3,5 Milliarden DM entlastet werden.

3.3 Preise

Die seit Herbst 1982 deutliche Tendenz zur Verlangsamung des Preisanstiegs hat sich auch in den letzten Monaten fortgesetzt.

Lebenshaltung 1982¹

	Veränderung in % gegenüber Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,1	+3,9
Februar	0,0	+3,7
März	-0,2	+3,5
April	+0,2	+3,3

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1976 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Zu erwarten ist allerdings, daß die Inflationsberuhigung in diesen Monaten beendet sein wird. Dies hängt einmal damit zusammen, daß die Preise für Mineralölprodukte in den letzten Wochen wieder gestiegen sind. Zusätzlichen Auftrieb erhalten die Preise durch die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte, die den Preisindex um 0,7 Prozent erhöhen wird. Die dämpfende Wirkung der guten Ernte vom vergangenen Jahr auf einige Lebensmittelpreise hört ebenfalls auf. Schließlich tendieren die internationalen Rohstoffpreise – mit Ausnahme des Rohöls – seit Jahresanfang wieder nach oben. Aus diesen Gründen erscheinen Preisprognosen, die für 1983 einen Preisanstieg um nur drei Prozent erwarten, viel zu optimistisch.

Ausgewählte Preisindizes 1982

	Industrie-preise (1)	Landwirtschafts-preise (2)	Import-preise (1)	Großhandels-preise (2)
Januar	0,0	+2,2	-2,2	-3,2
Februar	-0,1	+2,0	-0,6	-2,5
März	-0,3	+1,7	-	-

(1) In % gegenüber dem Vormonat

(2) In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Ein besonderes Kapitel sind die Mieten. Der Index der Wohnungsmieten steigt seit 1982 etwa doppelt so schnell wie die allgemeine Lebenshaltung, wobei vor allem der soziale Wohnungsbau betroffen ist. Im April waren Sozialwohnungen um 7,1 Prozent teurer als in der gleichen Vorjahreszeit.

Monatliche Mieterhöhungen 1982/83¹

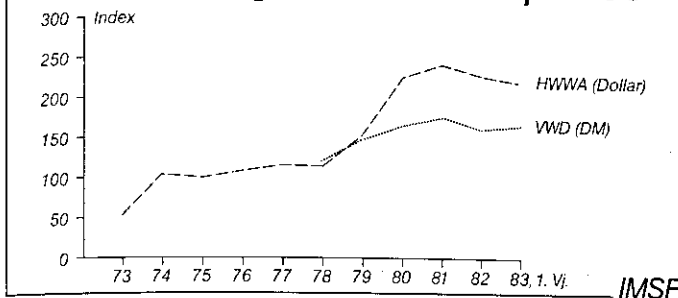
	Lebenshaltung ²	Wohnungsmieten insgesamt	Altbauten	Sozialer Wohnungsbau
Juli	+0,2	+0,5	+0,5	+0,6
August	-0,2	+0,4	+0,5	+0,5
September	+0,3	+0,4	+0,5	+0,5
Oktober	+0,3	+0,4	+0,5	+0,6
November	+0,2	+0,5	+0,4	+0,8
Dezember	+0,2	+0,4	+0,5	+0,6
Januar	+0,2	+0,9	+1,0	+1,0
Februar	+0,1	+0,5	+0,8	+0,6
März	-0,1	+0,5	+0,7	+0,7
April	+0,2	+0,4	+0,4	+0,5

¹ Gegenüber dem Vormonat in Prozent ² Alle Haushalte (Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7)

Diese Tendenz dürfte sich fortsetzen. Zudem scheint der Zinsrückgang beendet, der die Mietentwicklung etwas entlastet hatte. Die Hypothekenzinsen haben ihren Tiefpunkt erreicht, obwohl das Zinsniveau immer noch sehr hoch ist. Verschiedentlich sind sogar wieder Zinsheraufsetzungen zu verzeichnen. Außerdem soll die „Instandsetzungspauschale“ für Sozialwohnungen zum 1. 1. 1984 von 9 auf 12 DM im Jahr erhöht werden.

Da aber im Zuge der Konjunkturstabilisierung ein weiterer Rückgang der Rohölpreise nicht zu erwarten ist, dürfte sich das gesamte Rohstoffpreinsniveau in den nächsten Monaten deutlich erhöhen.

Entwicklung der Rohstoffpreise



3.4 Sozialabbau

Die CDU/FDP-Regierung hatte nach der „kalten“ Machtübernahme, im September 1982 im wesentlichen die Kürzungsmaßnahmen der sozial-liberalen Koalition übernommen. Nun ist sie mit eigenen, schwerwiegenden Eingriffen in das System der sozialen Sicherung hervorgetreten. Die vom Kabinett am 18. Mai verabschiedeten Vorschläge beinhalten für den gesamten öffentlichen Bereich 1984 ein Einsparvolumen von 11,5 Milliarden DM, wobei 5,1 Milliarden auf den Bundeshaushalt entfallen. Aber dies wird nicht reichen: Zusätzlich zu den vorgelegten 25 Maßnahmen sollen allein im Bundeshaushalt nochmals 1,4 Milliarden eingespart werden.

Bundesanstalt für Arbeit: Wiederum ist die BfA einer der am stärksten betroffenen Bereiche. Wurden bisher verschiedene „Tricks“ zur Senkung der Arbeitslosenunterstützung angewendet, so wird nun offiziell der Unterstützungssatz des Arbeitslosengeldes für kinderlose Arbeitslose von 68 auf 63 Prozent des Nettogehalts, der Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56 Prozent gesenkt. Weitere Verschlechterungen sind beim Schlechtwettergeld, bei der beruflichen Bildung, bei der Rehabilitation und in anderen Bereichen geplant. 1984 sollen dadurch insgesamt 2,035 Milliarden eingespart werden.

Öffentlicher Dienst: Eine zentrale Rolle – auch in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht – spielt das Vorhaben, 1984 die Löhne und Gehälter nicht zu erhöhen. Zudem sollen verschiedene Zuschläge gestrichen, Gehälter in den Anfangsjahren reduziert werden. 1985 soll das zu Einsparungen in Höhe von etwa 9,8 Milliarden DM führen. Erstmals wird nicht bloß eine „Lohnpause“, sondern – indirekt – eine Absenkung des nominalen Lohn- und Gehaltsniveaus angestrebt.

Schwerbehinderte: Verbilligte Beförderungsmöglichkeiten in öffentlichen Verkehrsmitteln und Steuervergünstigungen für Pkw sollen abgebaut werden. Einsparvolumen: 100 Millionen.

Rentenversicherung: Trotz der im September erfolgenden Beitragserhöhung von 18 auf 18,5 Prozent wird die Rentenversicherung voraussichtlich schon im kommenden Jahr in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Eine Ursache ist die langsame Entwicklung der Löhne und Gehälter. Lösungsvorschläge wurden bisher noch nicht endgültig beschlossen. In der Diskussion sind die erneute Verschiebung der Rentenanpassung, Beitragserhöhungen über verschiedene Wege und die „Aktualisierung“ – sprich Reduzierung – der Anpassungssätze. In den Kabinettsbeschlüssen vom Mai sind vorab Einsparungen von etwa 1,8 Milliarden DM vorgesehen, die wesentlich in einer Beseitigung beitragsfreier Einkommensbestandteile, in der Kürzung von Bundeszuschüssen und in Korrekturen bei der knappschaftlichen Rentenversicherung bestehen.

Mutterschaft: Die bisher bestehende Möglichkeit für berufstätige Mütter, weitere vier Monate Mutterschutz bei Bezug eines Mutterschaftsurlaubsgeldes bis maximal 750 DM monatlich in Anspruch nehmen zu können, wird eingeschränkt: In Zukunft wird die Zeit auf drei Monate und das Mutterschaftsgeld auf maximal 600 DM monatlich begrenzt. Für 1987 (!) wird dafür eine Ausdehnung auf alle – auch die nicht berufstätigen – Mütter in Aussicht gestellt. Einsparvolumen: 320 Millionen.

Sozialhilfe: Der ohnehin viel zu niedrige Regelsatz wird nur um 1,5 Prozent angehoben.

Krankenversicherung: Die „konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ hat im März neue Empfehlungen für zusätzliche Einsparmaß-

nahmen verabschiedet. Die „Rahmenbedingungen“ dafür hatte Bundesarbeitsminister Blüm so festgelegt: Das Krankengeld und andere Transferzahlungen sollen in Zukunft beitragspflichtig zur Rentenversicherung werden. Getragen werden die Beiträge je zur Hälfte vom Versicherten und von den Krankenkassen. Darüber hinaus sind weitere Einschränkungen bei der Krankenhausfinanzierung geplant.

Die Kürzungsvorschläge konzentrieren sich auf die Krankenhäuser, denen ein weiterer Bettenabbau und eine Verkürzung der Verweildauer auferlegt wurde.

Jugendarbeitsschutz: Die schon bei den Tarifabschlüssen sichtbare Tendenz, die Ausbildungsvergütungen „einzufrieren“, wird durch die regierungsamtlichen Vorhaben zur Lockerung des Jugendarbeitsschutzes der „Flexibilisierung“ des Berufsschulunterrichts usw. fortgesetzt. So soll die Einstellung von Lehrlingen für die Betriebe profitabler werden – angeblich um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Wenn dies auch in einigen Bereichen (Bäcker und Konditoren, Hotelgewerbe) erfolgreich sein mag, so werden dadurch doch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen: Es wird lediglich der Ersatz älterer (sprich: teurerer) durch jüngere (sprich: billigere) Arbeitskräfte gefördert.

3.5 Tarifbewegungen

In den Tarifverhandlungen bis Anfang Mai setzte sich die Tendenz fort, die bereits am Jahresanfang sichtbar war: Die Abschlüsse lagen beträchtlich unter der Preissteigerungsrate.

Der „Leitabschluß“ in der Metallindustrie kam am 5. 4. in Neuss zustande. Die Unternehmer hatten hier versucht, eine Lohnpause durchzusetzen und mit der Prozentzahl unter 3 zu bleiben. Abgeschlossen wurde mit 3,2 Prozent; die Auszubildenden blieben mit 15 DM noch unter diesem Satz. Eine stärkere Anhebung der untersten (meist Frauen-)Lohngruppen konnte wiederum nicht erreicht werden.

Auch wenn die Abwehr der Lohnpause und die Beibehaltung der 12monatigen Laufzeit Erfolge sind, widerspiegelt der Abschluß eine Schwäche der Gewerkschaften, die nur teilweise auf die erschwerten ökonomischen und politischen Kampfbedingungen zurückzuführen ist. Die IGM-Führung hatte schon sehr frühzeitig ihre Bereitschaft signalisiert, sich mit einem Ausgleich der Preissteigerungsrate zufriedenzugeben – was Reallohnsenkung beinhaltet hätte. Bei der Wahl der Verhandlungsorte ließ sich die IG Metall an die Wand spielen. Dies und die Erfahrungen der vorangegangenen Tarifabschlüsse schwächten die Kampfbereitschaft in den Betrieben. Trotzdem beteiligten sich über 700 000 Kollegen an Warnstreiks.

Die Verhandlungsführung der IG Metall wurde zusätzlich erschwert durch das unsolidarische Verhalten der IG Chemie und IG BSE. Beide schlossen vor Ablauf der alten Tarifverträge – während der Metall-Verhandlungen – mit unter 3 Prozent ab. In der Bauindustrie lehnte die Große Tarifkommission der IG BSE das Verhandlungsergebnis allerdings ab, weil es eine „negative Progression“ (3,1 Prozent für die obersten, 2,7 Prozent für die untersten Lohngruppen) vorsah. Inzwischen kam hier ein Abschluß mit 3 Prozent für alle zustande.

Spektakulär präsentierte die IG Chemie-Papier-Keramik ihren Tarifabschluß vom 25. 3. als Einstieg in die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Einzelheiten des Vertrages sind:

- Lohnerhöhungen um 3,2 Prozent für 14 Monate, ein Monat Lohnpause; aufs Jahr gerechnet, sind das 2,5 Prozent.
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit für über 57jährige (38 Stunden ab 1983, 36 Stunden ab 1987) bei vollem Lohnausgleich.
- Festschreibung der 40-Std.-Woche bis 1987.
- Keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen.

Der Abschluß wird allenfalls minimale Beschäftigungseffekte haben; die Verlängerung der 40-Std.-Woche bis 1987 bricht die Solidarität mit der IG Metall und anderen Gewerkschaften, die 1984 die allgemeine Wochenarbeitszeit verkürzen wollen. Der niedrige Tarifabschluß „als Ausgleich“ für Arbeitszeitverkürzungen, die Lohnpause und die „Null-Runde“ für Lehrlinge schaffen schwerwiegende Präzedenzfälle.

In der Stahlindustrie stimmte die IG Metall am 4. 5. einer Stufenanhebung der Löhne zu: 2,0 Prozent ab 1. 4., 3,2 Prozent ab 1. 10. (Jahresdurchschnitt: 2,6 Prozent); die Ausbildungsvergütungen steigen um 10–12 DM. Damit bleibt der Stahlbereich ein weiteres Mal hinter der Metallindustrie zurück.

Wichtige Tarifabschlüsse Februar bis April 1983

Gewerkschaft	Tarifbereich	Beginn Laufzeit	Inhalt
GL	Lederindustrie	Januar	3,4 Prozent
IG ChPK	Chemieindustrie	Mai/Juli	3,2 Prozent für 14 Monate Altersfreizeiten
IGM	Metallindustrie	Februar	3,2 Prozent
IGM	Stahlindustrie	April	2,0 % ab 1. 4. 3,2 % ab 1. 10.
IG DruPa	Druckindustrie	April	3,2 Prozent
IG BSE	Baugewerbe	Mai	3,0 Prozent
HBV	Banken	März	3,3 Prozent Rationalisierungsschutz
HBV	private Versicherungen	April	3,2 Prozent Rationalisierungsschutz
HBV	Groß- u. Außenhandel Bayerns	April	3,2 Prozent (3,8 für untere Gruppen)

(Quelle: Archiv Soziale Bewegungen, IMSF)

Die Abschlüsse in den meisten anderen Branchen lagen im Umfeld der Metall-Marke von 3,2 Prozent (z. B. Druckindustrie: 3,2). Die Gewerkschaft HBV konnte teilweise etwas besser abschließen und erreichte in einigen Bereichen Rationalisierungsschutzabkommen (Banken, Versicherungen).

Die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst waren am 10. 5. für gescheitert erklärt worden; bei Manuskriptabschluß lief das Schlichtungsverfahren. Die staatlichen Vertreter hatten bis zuletzt auf einer Lohnpause (3 Monate) und einem Miniabschluß (2,2 Prozent) bestanden; ihr letztes Angebot hatte aufs Jahr gerechnet 1,65 Prozent umfaßt. Das Entgegenkommen der Gewerkschaften, das sich u. a. in einer Forderung von 5,5 Prozent (Metall: 6,5 Prozent) ausgedrückt hatte, war – wie zu erwarten – nicht honoriert worden.

Die Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst haben strategische Bedeutung auch für andere Gewerkschaften, weil mit Lohnleitlinien und Null-Monaten ein Präzedenzfall für die kommenden Tarifrunden geschaffen werden soll. Finanzminister Stoltenberg hat inzwischen für die Verhandlungen 1984 einen totalen Lohnstopp verlangt und dies auch für die gewerbliche Wirtschaft empfohlen. Die Kampfbereitschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes war erstaunlich hoch und übertraf die Erwartungen der ÖTV-Führung: In der ersten Mai-Woche kam es zu umfangreichen und längeren (meist mehrere Stunden) Warnstreiks auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

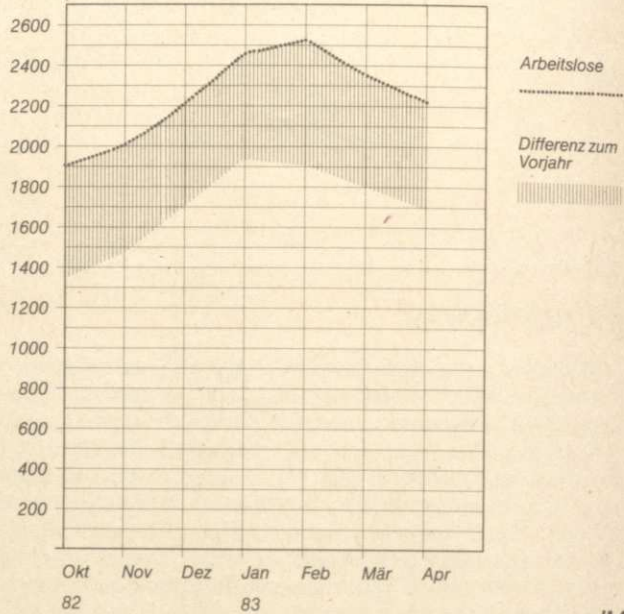
Die konjunkturelle Stabilisierung hat bisher auf die Beschäftigungssituation und auf den Arbeitsmarkt keine positiven Auswirkungen gehabt. Der leichte Rückgang der registrierten Arbeitslosenziffern in den letzten Monaten war ausschließlich saisonal bedingt. Die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen sind dagegen weiter angestiegen: Zwischen Januar und April nahmen sie um gut 160 000 auf 2,3 Millionen zu, stärker als in der gleichen Vorjahreszeit (+110 000).

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Jan.	2487	+537	1192	+651	62	-60
Febr.	2536	+601	1148	+561	69	-63
März	2386	+575	1032	+472	82	-52
April	2254	+544	764	+373	82	-46

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitsmarkt in Tausend 82/83



IMSF

Lediglich bei den Kurzarbeiterzahlen war im April ein merklicher Rückgang festzustellen, allerdings von einem sehr hohen Niveau aus.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Bundesanstalt für Arbeit ihre – insgesamt mehr als bescheidenen – Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeweitet hat. So waren Ende April 117 000 Arbeitslose in Arbeitsbeschaffungs- oder Umschulungsmaßnahmen „untergebracht“, 22 000 mehr als zur gleichen Vorjahreszeit.

Die ungünstige Situation am Arbeitsmarkt wird auch durch die Tatsache unterstrichen, daß die Zahl der neuen Arbeitslosenmeldungen im April mit 270 000 erneut um fünf Prozent höher war als in der gleichen Vorjahreszeit. Zwar nahm auch die Zahl der neu gemeldeten offenen Stellen um elf Prozent auf 120 000 zu, dies war aber ausschließlich der Ausweitung staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu verdanken.

Die Tatsache, daß die Situation am Arbeitsmarkt sich in den letzten Monaten eher noch beschleunigt verschlechtert hat, läßt sich auch an der Beschäftigungsentwicklung ablesen.

Beschäftigung¹

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe
1. Vj. 82	22 016	8362	1425
2. Vj. 82	21 928	8294	1421
3. Vj. 82	21 814	8205	1416
4. Vj. 82	21 680	8088	1401
1. Vj. 83	21 530	—	—

¹ In 1000, saisonbereinigte Angaben (Quelle: DIW-Wochenbericht, 41/82, S. 513)

Die Abnahme der Beschäftigung, die nach den Prognosen des „Frühjahrgutachtens“ bis zum Jahresende anhalten soll, verweist darauf, daß die Unternehmen im Verlauf der Krise ein erhebliches Rationalisierungspotential angesammelt haben, was sich beschäftigungsmäßig erst im Zuge einer Produktionsbelebung niederschlagen wird.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main
Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus, Elisabeth Bessau
Der Abschnitt 1.3 wurde von Fritz Fiehler, 1.4 von Elvio Dal Bosco verfaßt.
Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 5. 1983. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,— DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember, Einzelpreis 3,— DM, Jahresabonnement 12,— DM einschließlich Zustellgebühr.
Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.